

Aus der Sitzung des Gemeinderates vom 31.08.2021

Einwohnerfragestunde

Seitens der Einwohner wurden keine Fragen gestellt.

Beratung und Beschlussfassung über die Ausgleichsbuchung des Ruheforstes an den Forsthaushalt

Durch die Forstverwaltung wurde angefragt, einen Teil des Finanzüberschusses aus dem Ruheforst in einen klimaresistenten Mischwaldaufbau und in die Waldpflege des Gemeindewaldes zu reinvestieren.

Hierfür wurden vom Förster nachfolgende Argumente aufgeführt:

1. Der Ruheforst wurde bewusst auf dem besten wasser- und nährstoffversorgten Waldboden des Gemeindewaldes eingerichtet, um zu vermeiden, dass nach einigen niederschlagsarmen Jahren Bäume, bei denen bereits Baumgräber verkauft wurden, vertrocknen und dies zu Reklamationen der Nutzer führt.

In diesem Bereich des Gemeindewaldes wurden 16 ha erntereife Eichen und Buchen aus der forstlichen Bewirtschaftung entnommen und können jetzt nicht mehr als Wertholz oder Stammholz auf dem Holzmarkt verkauft werden. Hierdurch entfallen dem Forsthaushalt Einnahmen.

2. Vor allem durch die drei letzten trockenen Jahre, sterben deutlich mehr Waldbäume an sensiblen Wanderwegen, Parkplätzen und am Walderlebnispfad ab. Zukünftig besteht also bedingt durch den Klimawandel ein höherer Aufwand, die Verkehrssicherung an diesen Wegen zu gewährleisten. Hierzu zählen auch die Wege zum Ruheforst.

3. Durch Klimawandel bedingt werden in Zukunft weitere, vor allem Fichten- und Douglasien-Bestände, aber auch Buchen- und Kiefern-Bestände auf den trockeneren Waldböden absterben.

Die Forstverwaltung führt an, dass es jetzt darum geht, diese absterbenden Waldbestände mit einem klimaresistenten Mischwald aufzuforsten, damit die nächsten Generationen ebenfalls über einen überlebensfähigen Wald verfügen.

Daher schlägt diese vor, einen Teil des Ruheforstgewinns in die Zukunftsfähigkeit des Gemeindewaldes zu reinvestieren und bereits jetzt zu klimaresistenten Mischwäldern umzubauen bzw. die jüngeren Waldbestände so zu pflegen, dass Sie trockene Sommer besser überstehen können.

Daher schlägt die Forstverwaltung vor, jährlich in die Zukunftsfähigkeit des Gemeindewaldes zu investieren.

Kalkulation nach 10 Jahresplanung durch ausfallenden Holzeinschlag:

378 fm Eiche x 200,- Euro

65 fm Lärche x 80,- Euro

600 fm Buche x 80,- =

Summe: 128.800,- Erlös: 10 Jahre = **12.880,- Euro entgangener Erlös pro Jahr**

Mehraufwand Verkehrssicherung:

2000,- Euro pro Jahr

Mehraufwand Waldumbau zu klimaresistenterem Mischwald und Waldpflege:

5.120,- Euro pro Jahr

Der Antrag der Forstverwaltung beinhaltet, 10 % des Jahres-Gewinns vom Ruheforst, maximal 20.000 Euro in den Wald zu reinvestieren. Damit wäre dann automatisch in Jahren, in denen der Ruheforst wirtschaftlich ist, mehr in den Wald reinvestiert worden als in einnahmeschwächeren Jahren.

Zwischen dem Forstrevierleiter, dem Ortsbürgermeister und dem 1. Beigeordneten fand Anfang Juli ein Abstimmungsgespräch bezüglich der Thematik statt. Hierin wurden alle Argumente ausgiebig diskutiert und ein Beschlussvorschlag erarbeitet.

Dieser sieht vor jährlich 10 %, maximal jedoch 17.500 € in den Gemeindewald zu reinvestieren, um die ausgefallenen Einnahmen aus der Holzvermarktung, sowie den erhöhten Aufwand aus Verkehrssicherung und Waldumbau gerecht zu werden.

Die Vorgehensweise bezüglich dieser Ausgleichsbuchung wurde durch die Verbandsgemeindeverwaltung und die Kreisverwaltung geprüft und für unbedenklich erachtet.

Der Gemeinderat beschließt den vom Gemeindevorstand ausgearbeiteten Ansatz, dem Forst für die verändernden Bedingungen jährlich 10 %, maximal jedoch 17.500 € der Einnahmen aus dem Ruheforst für die aufgeführten Maßnahmen, zur Verfügung zu stellen. Eine Einzelentscheidung unterliegt den Planungen des jährlichen Gesamthaushaltes.

Bestätigung Sonderabschluss 2019 Produkt „Bau und Unterhaltung der Wirtschaftswege“ und Beschlussfassung des Beitragssatzes 2019 zur Erhebung der wiederkehrenden Beiträge für Wirtschaftswege

A) Beschluss des Beitragssatzes 2019

Zur Erhebung des wiederkehrenden Beitrags für den Bau und die Unterhaltung der Wirtschaftswege hat der Ortsgemeinderat Lieser für das Erhebungsjahr 2019 eine Vorausleistung in Höhe von 0,21 €/Ar erhoben.

Auf der Grundlage des vorbereiteten Jahresabschlusses 2019 wurde die Beitragssatz-Ermittlung erstellt. Hiernach ermittelt sich unter Berücksichtigung aller durch im Außenbereich durch Feld- und Weinbergswegen erschlossenen Grundstücke ein endgültiger Beitragssatz von 0,063 €/Ar. Auf der Grundlage dieses Beitragssatzes wären die wiederkehrenden Beiträge „Wirtschaftswegen“ endgültig festzusetzen, wobei die erhobene Vorausleistung angerechnet wird.

Der Ortsgemeinderat beschließt den endgültigen Beitragssatz zur Erhebung des wiederkehrenden Beitrags für den Bau und die Unterhaltung der Wirtschaftswege für den Erhebungszeitraum 2019 mit 0,063 €/Ar.

B) Bestätigung des Sonderabschlusses 2019

Nach Erledigung aller Abschlussbuchungen wurde seitens der Verwaltung, wie in Vorjahren, ein Sonderabschluss für das Produkt „Bau und Unterhaltung der Wirtschaftswege“ durchgeführt. Hierbei wurde ein Gemeindeanteil von 15 % entsprechend der bisherigen Beschlusslage berücksichtigt. Bei der Anrechnung der

Jagdrecht wurde entsprechend den Vorgaben des Rechnungsprüfungsamtes der Kommunalaufsicht ein Verwaltungskostenbeitrag i.H.v. 10 % in Abzug gebracht. Der Sonderabschluss weist danach einen Überschuss von 4.761,99 € auf, der sich beitragsrechtlich auswirkt.

Der Gemeinderat bestätigt den von der Verwaltung erstellten Sonderabschluss für das Jahr 2019.

Beratung und Beschlussfassung über die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens gemäß § 36 Baugesetzbuch zum Bauantrag für den Neubau eines Einfamilienwohnhauses, Gemarkung Lieser, Flur 23, Flurstück 93/1, Schlossbergstraße

Da auch Sicht des Gemeinderates die Ausführungen des vorliegenden Sachverhaltes nicht eindeutig dargestellt wurden, wurde über die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens nicht abgestimmt.

Beratung und Beschlussfassung über die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens gemäß § 36 Baugesetzbuch zur Bauvoranfrage für den Neubau einer Garage, Gemarkung Lieser, Flur 23, Flurstück 29, Verlängerung Beethovenstraße

Da aus Sicht des Gemeinderates zum genannten Sachverhalt kein Entscheidungsspielraum besteht und wichtige Tatsachen zur Entscheidungsfindung in der Vorlage fehlen, wurde über die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens nicht abgestimmt.

Beratung und Beschlussfassung über die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens gemäß § 36 Baugesetzbuch zur Bauvoranfrage für den Abbruch des vorhandenen Gebäudes und zur Neuerrichtung eines Mehrfamilienhauses, Gemarkung Lieser, Flur 24, Flurstück 465/1, Moselstraße

Da aus Sicht des Gemeinderates die Darstellung der Höhe der Nachbarhäuser, eine Ansicht des geplanten Neubaus und der Stellplatznachweis für Autos im Sachverhalt fehlen, wurde über die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens nicht abgestimmt. Zudem soll die Frage geklärt werden, ob die Anzahl der Geschosse oder die Höhe des Gebäudes maßgeblich ist.

Informationen und Sachstand Neubaugebiet

Betreffend des geplanten Neubaugebiets „Unter dem Wäldchen“ – (Neubaugebiet „Hinter Goldschmitsgraben“) konnten bei einem Treffen aller Grundstückseigentümer mit dem Notar am 04.08.2021 alle offenen Fragen geklärt werden.

Mitteilungen und Anfragen

Der Ortsbürgermeister teilte den Ratsmitgliedern folgende Informationen mit:

- Sachstand „Parkkonzept“

Bevor eine Verkehrsschau unter Beteiligung der Polizei, des LBM, der Kreisverwaltung, dem ADAC und dem Ortsbürgermeister durchgeführt wird,

findet eine Begehung der betroffenen Fläche mit dem Ordnungsamt statt. Da keine Parkplätze mehr dauerhaft vermietet werden dürfen, ist es angedacht, eine innerörtliche Parkzone auszuweisen und diese vollständig mit Parkscheinautomaten zu bewirtschaften. An diesen können die Anwohner dann Jahresparktickets zum bisherigen Preis erwerben.

Hierzu sollen mehr Parkscheinautomaten aufgestellt werden. Der Erwerb von Parkscheinautomaten ist zwar zunächst sehr kostenintensiv, allerdings stehen die Einnahmen der Ortsgemeinde zu. Bei einem System mit Bewohnerparkausweisen würden die Einnahmen an die Verbandsgemeinde gehen.

- Bezüglich des Projekts „Zukunfts-Check-Dorf“ wurden zur Erarbeitung von Erfassungsbögen Arbeitsgruppen gebildet.
Ein Abschlusstermin zur Präsentation der Erfassungsbögen soll bis Ende September erfolgen.
- In der Ortsgemeinde Lieser wurden bereits 40 % der Glasfaserausbauarbeiten an den Straßen durchgeführt. Die genaue Anzahl der Hausanschlüsse liegt allerdings noch nicht vor.
Ein Ratsmitglied moniert, dass die Glasfaserkabel nicht ausreichend tief verlegt werden, was bei einer Erneuerung von Straßen problematisch werden könnte. Die vorgebrachte Problematik soll geklärt werden.
- Der Jagdpachtvertrag der Ortsgemeinde Lieser wurde auf weitere 5 Jahre verlängert.
- Der Freiwilligen-Mitmachttag der Verbandsgemeinde Bernkastel-Kues wurde abgesagt.
- Die Nordic Walking Strecken in der Ortsgemeinde Lieser und anderen Ortsgemeinden benötigen eine neue Beschilderung. Diese ist aus Sicht der Gemeinden zu kostenintensiv und aufgrund des guten Wandernetzes nicht notwendig, sodass die Nordic Walking Strecken zurückgebaut werden sollen.
- Die Nachfrage bezüglich des Ruheforstes ist sehr gut, sodass bereits einige Bäume keine Grabplätze mehr haben. Diesbezüglich soll die Vergabe vom Baumgräbern im Auge behalten werden, um eventuell rechtzeitig einen neuen Bereich auszuweisen. Zudem wurden Bänke für den Ruheforst angeschafft.
- Für die Maßnahme „Mehr Grün im Dorf“ wurde der Ortsgemeinde Lieser eine Förderung gewährt.